
Gemäß § 28 Abs. 1 S. 1, 30 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 73 Abs. 1 a Nr. 6 IfSG Nds. Corona-Verordnung, § 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz (NVwVfG) und mit § 35 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) wird folgende Allgemeinverfügung erlassen:

1. Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung gelten, soweit nicht anders angegeben, für folgende Personen:

   a) Personen, die im Rahmen eines PoC Antigen-Schnelltest zum Nachweis von SARS-CoV-2 („Corona-Schnelltest“) positiv getestet wurden.

   b) Personen, die im Rahmen eines Corona Antigen-Schnelltests zur Eigenanwendung durch Laien („Corona-Selbsttest“, der ohne fachkundige Aufsicht durchgeführt wurde) positiv getestet wurden (Verdachtspersonen).

2. Die unter Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung fallenden Personen sind verpflichtet, sich unverzüglich einer molekularbiologischen Untersuchung auf das Vorhandensein des Coronavirus SARS-CoV-2 („PCR-Test“) zu unterziehen.

4. Auflagen für die Fahrten zur Testung:

- Strikte Einhaltung aller Hygieneempfehlungen des Robert Koch Institutes (RKI), insbesondere Händehygiene und Tragen des Mund-Nasen-Schutzes
- Abstand von mindestens 1,5 Metern zu weiteren Personen
- Der Ort der Testung ist auf direktem Weg aufzusuchen und zu verlassen. Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist untersagt.

5. Eine Zuwiderhandlung gegen diese Allgemeinverfügung stellt gemäß § 73 Abs. 1 a Nr. 6 IfSG eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße von bis zu 25.000,00 Euro geahndet werden kann.


7. Diese Allgemeinverfügung ist gemäß § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

Begründung:

Nach § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in den §§ 29 bis 31 IfSG genannten, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Die Zuständigkeit des Landkreises Osnabrück ergibt sich aus §§ 2 Abs. 1 Nr. 2, 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 NGöGD.

Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinn des § 2 Nr. 1 IfSG, der sich in kurzer Zeit weltweit verbreitet hat. Es war zu beobachten, dass es auch im Landkreis Osnabrück zu einer raschen Verbreitung der Infektion in der Bevölkerung gekommen ist. Insbesondere bei älteren Menschen und Vorerkrankten besteht ein sehr hohes Erkrankungsrisiko.

Da nach wie vor weder in ausreichender Menge ein Impfstoff noch eine wirksame Therapie zur Verfügung stehen, besteht die Gefahr einer Verstärkung des Infektionsgeschehens mit erheblichen Folgen für Leben und Gesundheit der Bevölkerung und einer möglichen Überforderung des Gesundheitssystems unvermindert fort. Gegenwärtig besteht in nahezu allen Regionen Deutschlands ein hohes Infektionsgeschehen.

Nach der Risikobewertung des Robert Koch-Instituts handelt es sich weltweit und in Deutschland nach wie vor um eine sehr dynamische und ernst zu nehmende Situation, die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland wird nach wie vor insgesamt als sehr hocheingeschätzt.


Auch das derzeitige Infektionsgeschehen im Gebiet des Landkreises Osnabrück ist durch Virusvarianten maßgeblich beeinflusst.

Zu Ziffer 1:

Positiv getestete Personen sind alle Personen, die Kenntnis davon haben, dass ein nach Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung bei ihnen vorgenommener oder unter fachkundiger Aufsicht selbst durchgeführter Antigenschnelltest („Corona-Schnelltest“) ein positives Ergebnis aufweist.

Als Verdachtspersonen werden Personen gezählt, die sich selber mittels eines sogenannten Corona-Selbsttests positiv getestet haben. Hier handelt es sich um die Selbstdiagnose, die ohne Aufsicht durch eine in der Testung fachkundige Person durchgeführt wurden.
Zu Ziffer 2:


Zu Ziffer 3 und 4:


Zur Eindämmung der Infektion ist es unabdingbar, dass sich Personen, bei denen entweder ein Corona-Schnelltest oder ein Corona-Selbsttest das Vorhandensein von Coronavirus SARS-CoV-2 bestätigt hat, unverzüglich nach Kenntniserlangung des positiven Testergebnisses in häusliche Isolation begeben. Die Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 kann auch durch asymptomatische Personen übertragen werden. Liegt ein positives Testergebnis vor, so bestehen dringende Anhaltspunkte für eine Infektion. Hierbei kommt es nicht darauf an, wo und aus welchem Anlass die Testung vorgenommen wurde und ob die Testung durch einen Corona-Schnelltest oder einen Corona-Selbsttest erfolgte. Zwar weisen Antigenests (Schnell-und Selbsttests) insgesamt eine geringere Verlässlichkeit auf als molekularbiologische (PCR-) Testsungen. Antigenests (Schnell-und Selbsttests) zeigen aber auch und gerade bei Proben mit einer hohen Viruslast ein positives Ergebnis. Es ist daher erforderlich, dass sich Personen, bei denen ein Antigenest (Schnell-und Selbstests) ein positives Ergebnis aufweist, schon im Zeitraum bis zum Vorliegen des Ergebnisses einer bestätigenden molekularbiologischen (PCR-) Testung isolieren. Ist die bestätigende molekularbiologische (PCR-) Testung negativ, so endet die Pflicht zur Isolation mit dem Vorliegen des Testergebnisses.

Isolations- oder Quarantänepflichten, die daneben aus anderen Gründen bestehen, bleiben hiervon unberührt. Weist die bestätigende molekularbiologische (PCR-) Testung ein positives Ergebnis auf, so greifen die Anordnungen für positiv getestete Personen.

Durch die Ausweitung von Testmöglichkeiten und die unterschiedlichen Anbieter von Testungen kann trotz der nach dem Infektionsschutzgesetz bestehenden Meldepflichten nicht ausgeschlossen werden, dass die positiv getestete Person von dem Ergebnis der Testung schneller erfährt, als das zuständige Gesundheitsamt über den Meldeweg nach dem Infektionsschutzgesetz.
Vor diesem Hintergrund ist die zeitlich befristete Anordnung einer häuslichen Isolierung bis zum Vorliegen eines negativen PCR-Tests aus medizinischer und rechtlicher Sicht verhältnismäßig und gerechtfertigt. Ein milderes Mittel ist in Anbetracht des Gesundheitsschutzes der breiten Bevölkerung insbesondere besonderes vulnerabler Personen nicht ersichtlich.

Die Auflagen für die Fahrten zur Testung sind zudem geeignet die Verbreitung des Virus zu verhindern. Sie sind auch erforderlich und angemessen.

Zu Ziffer 5:

Die Bußgeldbewehrung der Maßnahme folgt aus § 73 Abs. 1 a Nr. 6 IfSG.

Zu Ziffer 6:

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) einen Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung
Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück erhoben werden. Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück, die aufschiebende Wirkung gem. § 80 Abs. 5 VwGO ganz oder teilweise anordnen.

Osnabrück, den 30.04.2021

Anna Kebschull
(Landrätin)